



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

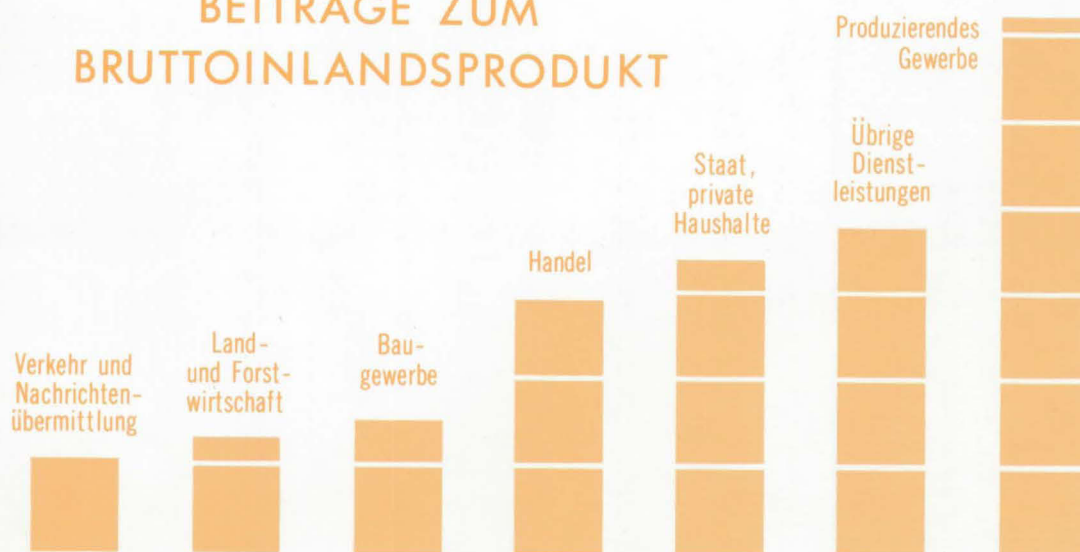
29. Jahrgang · Heft 2

Februar 1977

Aufsätze: Regionale Schülerprognosen
Ausländer
Investitionen im Baugewerbe

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1975	1976	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Juli bis November		
INDUSTRIE¹				
Produktionsindex	1970 = 100	111	118	+ 7
Beschäftigte	1 000	176	172	- 2
Umsatz ²	Mill. DM	1 767	1 899	+ 7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	19	19	- 1
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,1	7,4	+ 4
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 457	1 301	- 11
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	400,2	460,2	+ 15
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	333,0	370,7	+ 11
VERKEHR				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 859	7 694	- 2
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einfuhrpreise	1970 = 100	143,8	152,9	+ 6
Grundstoffpreise ³	1970 = 100	138,2	148,5	+ 7
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte ³	1970 = 100	135,8	142,1	+ 5
landwirtschaftlicher Produkte ³	1970 = 100	135,8	147,8	+ 9
Lebenshaltung ⁴				
insgesamt	1970 = 100	135,9	141,4	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	131,0	136,8	+ 4
GELD UND KREDIT				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 171	5 694	+ 10
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	21 709	25 436	+ 17
Spareinlagen	Mill. DM	9 969	11 136	+ 12
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	101	110	+ 9
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	63	65	+ 3
Lohnsteuer	Mill. DM	187	214	+ 14
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	240	266	+ 11

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft

6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

29. Jahrgang · Heft 2

Februar 1977

Aktuelle Auslese



Viehbestände weiter gestiegen

Nach den vorläufigen Ergebnissen der allgemeinen Viehzählung wurden am 3. Dezember 1976 in Schleswig-Holstein 32'000 Pferde und Ponys, 1,57 Mill. Rinder, 126 000 Schafe, 1,7 Mill. Schweine und 4,4 Mill. Hühner gehalten. Bei allen Tierarten sind Zunahmen gegenüber dem Vorjahr zu beobachten und die Schweinebestände weisen mit 5 % (darunter Jungsauern + 12 %) die größten Steigerungsraten auf.

Die Rinderbestände wurden um 3 % aufgestockt, wobei die Milchkühe mit 517 000 Tieren einen neuen Höchststand erreicht haben.



1976 fast 2 % mehr Milch erzeugt als im Vorjahr

Im Jahre 1976 wurden in Schleswig-Holstein ca. 2,3 Mill. t Milch ermolken. Das sind fast 2 % mehr als im Vorjahr. Bezieht man diese Mengen auf die Durchschnittszahl der Milchkühe, die bei den Dezemberzählungen 1975 und 1976 erfaßt wurden, so ergibt sich ein Milchertrag von 4 478 kg je Kuh im vergangenen Jahr. Er liegt damit nur um 1 kg über dem Ergebnis von 1975, so daß die Zunahme bei der Milcherzeugung fast ausschließlich auf die Aufstockung der Kuhbestände zurückzuführen ist.



Wintersemester 1976/77: 20 000 Studenten

An den Hochschulen in Schleswig-Holstein studieren im Wintersemester 1976/77 20 064 Studenten (ohne 354 beurlaubte Studenten). An der Universität Kiel sind mit 12 010 Studenten 8 % mehr eingeschrieben als im Sommersemester 1976. An der Pädagogischen Hochschule Kiel ist die Zahl gegenüber dem Sommersemester 1976 um 4 % auf 2 630

zurückgegangen, an der PH Flensburg dagegen um 19 % auf 1 028 Studenten gestiegen. Im Fachhochschulbereich studieren zur Zeit 3 835 Studenten, was einem Zugang gegenüber dem Vorsemester von 5 % entspricht, an der Medizinischen Hochschule Lübeck 318, an der Musikhochschule Lübeck 243 Studenten.



Steuererhöhung im Preisindex der Lebenshaltung spürbar

Auswirkungen von gesetzgeberischen Maßnahmen auf das Preisniveau sind von besonderem Interesse. Der Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltes mit mittlerem Einkommen stieg im Januar 1977 bundesweit um 4,0 % gegenüber dem Stand vor Jahresfrist an. Seit Januar 1977 ist die Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer voll wirksam. Ohne sie wäre der Index im Januar nur um 3,4 % angestiegen. Bei dieser Berechnung wurden die Preise vom November 1976 unterstellt, da bereits im Dezember höher versteuerte Tabakwaren verkauft wurden.



Höhere Wohnnebenkosten

Einige kommunale oder quasikommunale Gebühren sind zum Jahresbeginn angehoben worden. So mußte der Bürger im Januar für Wasser 1,9 %, für Straßenreinigung 3,5 % und für Abwasser 8,7 % mehr bezahlen als im Dezember. Im Vergleich zum Vorjahr übertreffen diese Gebührenerhöhungen den Mietenanstieg um ein Mehrfaches: Wasser wurde gegenüber Januar 1976 um 11,0 %, Straßenreinigung um 9,6 % und Abwasserbereinigung um 16,5 % teurer. Bei dieser Position reichten die einzelnen Gebührenerhöhungen (in fünf von zehn Berichtsgemeinden) bis zu 67 %.

Skizzen regionaler Schülerprognosen

Modelle von Schülerprognosen gehören heute zum Alltagsinstrumentarium. Die Ergebnisse werden als Planungsunterlagen vielfältiger Art gebraucht. Die Entscheidungen, die auf Grund eines solchen Prognoseergebnisses gefällt werden, haben oft weitreichende, und nicht nur finanzielle, Auswirkungen. Schülerprognosen können rechentechnisch - ganz gleich, ob manuell oder mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung - perfekt durchgeführt werden. Dennoch bleibt sowohl beim Produzenten als auch beim Konsumenten von Schülerprognosen manchmal eine beunruhigende Unsicherheit. Nun ist ohnehin die Zukunft nicht voraussehbar und das menschliche Verhalten, das sich als Annahme in der Prognose niederschlägt, wandelbar und somit unberechenbar; diese Umstände gelten aber für alle Prognosen aus unserem Lebensraum, deren Komponenten nicht ausschließlich durch Naturgesetze bestimmt werden. Das Unbehagen gegenüber Schülerprognosen hat jedoch noch spezielle Gründe, besonders, wenn sich die Prognose nicht auf Schleswig-Holstein insgesamt bezieht, sondern auf ein kleineres Gebiet, z. B. auf eine Gemeinde. Je kleiner eine Region ist, desto schmaler ist nämlich die für die Prognose zur Verfügung stehende Datenbasis. Auf Landes- und Kreisebene liegen aktuelle Daten in ausreichendem Maße vor, für Gemeinden fehlen sie jedoch; es gibt sie überwiegend nur aus Großzählungen (Volkszählung, Wohnungszählung usw.). Andererseits ist für eine kleinräumliche Prognose die Zahl der zu berücksichtigenden Faktoren - wie noch zu zeigen sein wird - umfangreicher als bei einer großräumlichen Prognose. Bereits eine leichte Fehleinschätzung der in die Prognose eingeführten Annahmen kann zudem wegen der kleinen Zahl zu einem erheblichen und nicht mehr zu tolerierenden Prognosefehler führen. Schülerprognosen für kleine Räume sind also komplizierter als für große, und es gibt methodische und verfahrensmäßige Unterschiede, die nicht übersehen werden dürfen. Diese Unterschiede hängen letztlich damit zusammen, daß die Zwecke verschieden sind. So kommt es z. B. sehr darauf an, ob für eine große Region, z. B. Schleswig-Holstein insgesamt, der künftige Lehrerberauf festzustellen ist oder für eine kleine Region, z. B. eine Gemeinde mit ihrem Einzugsbereich, die künftige Schülerzahl an der einzigen Schule.

In den folgenden Abschnitten soll nun an Hand von Skizzen für einige Regionalprognosen versucht werden, vor allem den Praktiker, der sich im Alltagsgeschäft mit der Erstellung einer Schülerprognose oder mit ihrer Anwen-

dung auseinandersetzen muß, mit der Problematik dieser Materie vertraut zu machen.

Auf die detaillierte Beschreibung einer Schülerprognose für Schleswig-Holstein insgesamt kann verzichtet werden, da vor gut einem Jahr das im Statistischen Landesamt entwickelte Schülerprognosemodell¹ vorgestellt worden ist. Hier soll die Landesprognose nur kurz umrissen werden, um dann auf einige Punkte dieser Prognose für einen großen Raum - in ihm leben eine halbe Million Schüler - besonders einzugehen. Die Aufgabe ist also, die Schüler in Schleswig-Holstein nach Schularten² und Schuljahrgängen (Klassenstufen) für jedes Schuljahr eines bestimmten Zeitraums vorzuschätzen. Das Basismaterial für diese Prognose ist komplett vorhanden. Aus der vorliegenden Bevölkerungsvorausschätzung können die Angaben für die Einschulungsjahrgänge ermittelt werden. Die schulstatistischen Grunddaten, nämlich die Schüler nach Schularten und Schuljahrgängen, liefert die jährliche Schulstatistik, und den Überblick über die Besonderheiten der Orientierungsstufe gibt die spezielle Orientierungsstufenerhebung. Aus dem vorliegenden Material lassen sich alle benötigten Veränderungsraten, z. B. Versetzungs- und Übergangsquoten, errechnen. Die einzuführenden Annahmen werden vom Auftraggeber der Prognose, vom Kultusministerium als dem zuständigen Ressort, auf der Grundlage schulpolitischer Überlegungen vorgegeben. Alternativrechnungen, d. h. Vorausschätzungen unter veränderten Annahmen, lassen sich in beliebiger Zahl durchführen. Die Ergebnisse einer Landesprognose - sie wird mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung erstellt - liegen innerhalb weniger Wochen vor.

Im Rahmen dieser großräumlichen und flächendeckenden Landes-Schülerprognose ist der Standort der einzelnen Schule ohne Bedeutung. Außerdem brauchen lediglich die Bevölkerungsbewegung (Fortzüge und Zuzüge) und die Pendlerbeziehungen über die Landesgrenze (z. B. Wohnsitz in Schleswig-Holstein, Schulbesuch in Hamburg) berücksichtigt zu werden, und zwar nur insoweit, wie die Schülerzahl dadurch tangiert wird. Von zahlenmäßig

1) siehe: "Ein Schülerprognosemodell und seine Einsatzmöglichkeiten" in dieser Zeitschrift 1975, Heft 11/12, S. 252

2) Da es in den folgenden Ausführungen vorrangig um den regionalen Aspekt von Schülerprognosen geht, wurde das Untersuchungsfeld auf die vier Schularten: Grundschule, Hauptschule, Realschule und Gymnasium beschränkt. Die Sonderschulen, die integrierten Gesamtschulen und die Abendschulen sowie der Komplex der beruflichen Schulen wurden wegen ihrer schulartspezifischen Sonderprobleme ausgeklammert

umfangreichen Außenwanderungen können jedoch neben den unmittelbaren Auswirkungen auf die Schülerzahl des Landes (z. B. durch Fortzug einer Familie mit schulpflichtigen Kindern) langfristig zusätzlich mittelbare Einflüsse ausgehen. Wenn z. B. junge Frauen in großer Zahl von einem Land in ein anderes wandern würden, so würden ihre Kinder auch in dem anderen Bundesland zur Welt kommen und dort in das Schulalter hineinwachsen. Solche Aktivitäten würden das Ergebnis einer langfristigen Schülerprognose, frühestens nach einem Jahrzehnt, nachhaltig beeinflussen.

Wird jetzt die Schülerprognose für eine etwas kleinere Region, nämlich für einen Kreis durchgeführt, so gilt es, weitere Fakten zu beachten. Das für eine Landesschülerprognose entwickelte Modell kann jedoch auch für eine Kreisprognose eingesetzt werden. Die für Kreise vorhandenen Eingabedaten für das Modell entsprechen denen des Landes, vorausgesetzt, daß es spezielle Bevölkerungsvoraussetzungen für die Kreise gibt. Die jährliche Schulstatistik, deren kleinster Baustein die Schule ist, liefert gleichfalls die erforderlichen schulstatistischen Daten auf Kreisebene. Die Berechnung der benötigten Veränderungsdaten macht ebenfalls keine Schwierigkeiten. Die Annahmen setzt wiederum der Auftraggeber. Das Statistische Landesamt bereitet die Schülerprognose zwar vor und überwacht ihren Ablauf, aber bei der Festlegung der Annahmen ist es - das gilt im wesentlichen für alle Schülerprognosen - nur beratend tätig. Das bisher vorgestellte Verfahren kann für Kreise ohne Einschränkung ablaufen, wenn es gelingt, die Wanderungen von Kreis zu Kreis in den Griff zu bekommen. Dieses Problem ist für einige Kreise, in denen die räumliche Bevölkerungsbewegung gering ist, ohne größere Bedeutung. Anders ist es bei Kreisen mit hoher Fluktuation. Dazu gehören vor allem die Kreise im Ring um Hamburg, bei denen ein Teil der Wanderungen, weil er über die Landesgrenzen geht in anderer Weise berücksichtigt werden muß als die Kreisgrenzen. Die Auswirkungen von Zuzügen über Kreisgrenzen hinweg auf die Schülerzahl, nach Schulart und Schuljahrgängen differenziert, werden allerdings vielfach in ihrer Größenordnung überschätzt. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß Familien mit schulpflichtigen Kindern weniger mobil sind als junge unabhängige Erwerbspersonen. Dadurch schlägt sich die Zahl der Zuzüge häufig nicht in dem erwarteten Ausmaß in der Schülerzahl nieder. Andererseits muß bei Zuzügen in neue Wohngebiete beachtet werden, daß dadurch die Zahl der Schüler in dieser Region sprunghaft ansteigen kann. Dieser Faktor wird noch im Zusammenhang mit Schülerprognosen für kleine Räume erwähnt werden.

Bevor weitere Schwierigkeiten bei Kreisprognosen aufgezeigt werden, eine kurze Abschweifung auf Schülerprognosen für Planungsräume. In Schleswig-Holstein gibt es fünf Planungsräume, die jeweils aus mehreren Kreisen bestehen. Eine Schülerprognose für einen Planungsraum wird daher zweckmäßigerweise auf Kreisebene aufgebaut, d. h., die Schülerprognose wird zunächst für die einzelnen Kreise des Planungsraumes mit kreis-spezifischen Daten durchgeführt. Die einzelnen Prognoseergebnisse werden dann zum Ergebnis für den Planungsraum addiert. So müssen z. B. für den Planungsraum IV zwei gesonderte Kreisprognosen, nämlich für die Kreise Dithmarschen und Steinburg, erstellt werden, bevor sie zum Planungsraumergebnis zusammengefaßt werden können. Folgt man dieser Verfahrensweise, so ist es konsequent, für den Planungsraum III als ersten Schritt Einzelprognosen für die kreisfreien Städte Kiel und Neumünster sowie für die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde zu erarbeiten. Bei diesen Kreisprognosen ergeben sich nun Schwierigkeiten. Die schulstatistischen Daten, die in die Schülerprognose einfließen, liegen - wie bereits erwähnt - für jede einzelne Schule vor, und die Schüler werden am Schulort mit ihren Daten erfaßt. Die Einzugsbereiche der Schulen halten sich aber nicht immer an Kreisgrenzen und - das kann hier bereits ergänzend erwähnt werden - schon gar nicht an Gemeindegrenzen. Vor allem Realschulen und Gymnasien haben Einzugsbereiche, die sich u. U. über viele Gemeinden mehrerer Kreise erstrecken. Die Kinder wohnen nicht in der Gemeinde und vielleicht auch nicht in dem Kreis, in dem sie die Schule besuchen. Diese Tatsache schafft für Schülerprognosen erhebliche Probleme. Das Verfahren muß für Regionalprognosen auf Kreis- oder Gemeindeebene verändert und angepaßt werden und wird dadurch komplizierter.

Die kreisfreie Stadt Kiel, deren Schuleinzugsbereiche tief in die angrenzenden Kreise und Gemeinden hineinragen, bietet sich als Beispiel an, um das Verfahren einer solchen Regionalprognose skizzenhaft vorzuführen. In Kiel gibt es Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. Auf diese vier Schularten soll sich die Modellbeschreibung beschränken. Die Kieler Schulen werden von Kindern, die innerhalb der Stadt wohnen, besucht. Darüber hinaus gibt es Kinder, die aus den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde nach Kiel einpendeln, um hier eine Realschule oder ein Gymnasium zu besuchen. Bevor mit der eigentlichen Schülerprognose begonnen werden kann, muß daher festgestellt werden, welche Räume der Einzugsbereich der Kieler Schulen tatsächlich umfaßt. Das ist je nach Schulart auch noch verschieden. Für Realschulen und

Gymnasien müssen die Grundschulen bestimmt werden, die die Kinder vorher besuchten. Im Kreis Plön sind es z. Z. vier Grundschulen, die ihrerseits Kinder aus zusammen 20 Gemeinden aufnehmen. Aus 9 von diesen Gemeinden gehen die Kinder aber anschließend nicht nach Kiel auf die Realschule oder das Gymnasium. Vom Kreis Rendsburg-Eckernförde gehören zum Kieler Einzugsbereich 9 Grundschulstandorte mit 18 Gemeinden, aber außerdem besuchen noch Kinder von drei weiteren Gemeinden Kieler Schulen. Der Einzugsbereich für die Kieler Schulen - Stadt Kiel und 32 Umlandgemeinden - ist damit festgestellt; er ist Grundlage für die Schülerprognose. Es kann natürlich sein, daß sich ein Schuleinzugsbereich im Zeitablauf verändert; das dürfte sogar die Regel sein. Wenn diese Veränderungen so erheblich werden, daß dadurch die Ergebnisse der darauf aufgebauten Schülerprognose in Frage gestellt sind, muß neu prognostiziert werden, und zwar unter veränderten Annahmen in bezug auf den Schuleinzugsbereich.

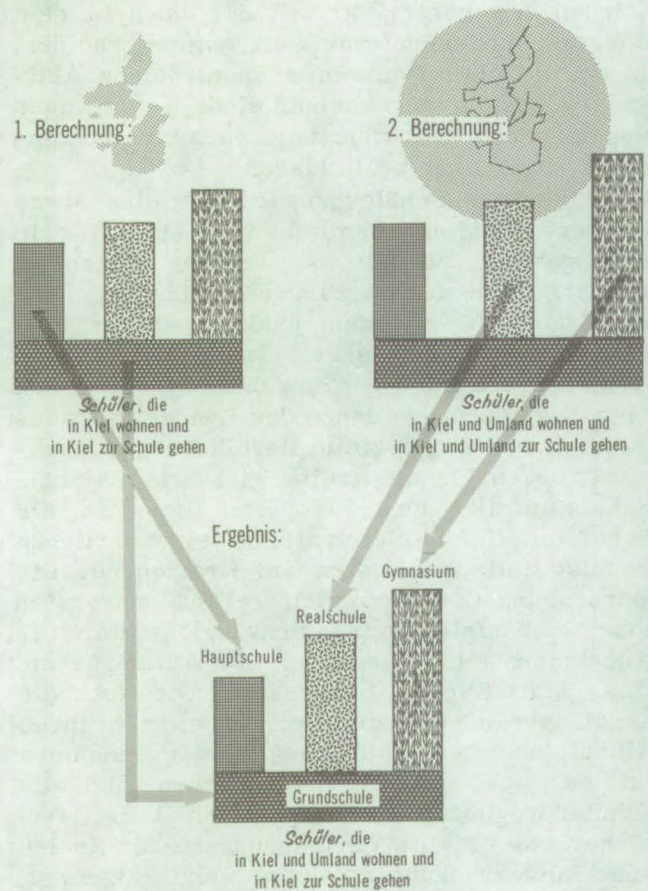
Die Schülerprognose für die Kieler Schulen umfaßt nun drei Schritte. Zunächst muß die Zahl der Schüler, die in Kiel wohnen und zur Schule gehen für alle Schularten vorausgerechnet werden. Die jährlich auf die Realschulen und Gymnasien nachrückenden Schüler werden bei dieser ersten Berechnung nur aus den Kieler Grundschulen hergeleitet. Es handelt sich dabei um eine isolierte Kreisprognose, die, da alle Eingabedaten und -quoten vorhanden sind, nach Einführung der Annahmen ohne Schwierigkeiten über die elektronische Datenverarbeitung ablaufen kann. Diese Berechnung wird durch eine zweite ergänzt, die sich auf die gesamte Region, für die die Schülerprognose gelten soll, bezieht, d. h., es geht um Schüler, die in Kiel und Umland wohnen und zur Schule gehen. Dieses umfassende Modell, mit spezifischen Eingabedaten und Annahmen gefüttert, wird ebenfalls über die elektronische Datenverarbeitung abgewickelt. An dieser Stelle muß erwähnt werden, daß es nicht möglich ist, die beiden Teilregionen Kiel und Umland gesondert zu berechnen; das hängt damit zusammen, daß es in den Umlandgemeinden nicht alle Schularten gibt und daß für die Einspeicherung in das Modell Daten für alle Schularten vorhanden sein müssen.

Der dritte Arbeitsschritt besteht dann darin, aus den Ergebnissen der beiden Modellberechnungen schulartweise die Daten auszuwählen und zusammenzuführen, die zusammen die Zahl der Schüler, die in Kiel zur Schule gehen, ausmachen. Das folgende Schema zeigt, welche Teilergebnisse aus den Berechnungen 1 und 2

zum gewünschten Ergebnis zusammengefaßt werden:

D - 4829

Schema einer Schülerprognose für Kiel



Bei der Beschreibung des Ablaufs des vorstehenden Verfahrens wurde zunächst darüber hinweggegangen, auf welche Weise die Eingabedaten gewonnen werden. Es ist oft schwierig, die für die Umlandgemeinden eines Schuleinzugsbereichs, z. B. Kiel, erforderlichen Daten zu beschaffen. Hier liegt nun die Hauptproblematik kleinräumlicher Prognosen. Es fehlt an einer ausreichenden Zahl von Basisdaten. Mit solchen Schwierigkeiten hat eine Gemeindeentwicklungsplanung permanent zu kämpfen. Eine Schülerprognose wird dadurch erschwert, daß man notwendige Daten erst beschaffen oder schätzen muß.

Die Zahl der Schüler kann für jede Gemeinde vorausgerechnet werden, ohne daß es in dieser Gemeinde überhaupt eine Schule geben muß. Man kann durchaus für eine Anzahl von Gemeinden ohne Schulen die Schülerzahlen prognostizieren, um mit Hilfe dieser Ergebnisse erst einmal den Bedarf an Schulen in dieser Region und dann auch die optimalen Standorte dieser Schulen zu ermitteln. Nun ist

aber unser Land bereits mit einem Netz von Schulen überzogen, die Standorte dieser Schulen sind weitgehend historisch gewachsen und nicht kurzfristig veränderbar. Im folgenden wird daher für eine kleinräumliche Schülerprognose ein Beispiel gewählt, das der Realität besser entspricht: Die Aufgabe ist, die Schüler für einen ländlichen Zentralort mit seinem Nahbereich langfristig zu prognostizieren. Innerhalb des Nahbereichs, und zwar im Zentralort, sollen sich eine Grund- und eine Hauptschule befinden, deren Einzugsbereiche mit den Grenzen des Nahbereichs übereinstimmen. Um eine Realschule oder ein Gymnasium zu besuchen, müssen die Schulkinder ihre Heimatgemeinden verlassen und, um bei den Begriffen der zentralörtlichen Gliederung zu bleiben, in das nächste Unterzentrum auspendeln.

Die Ausgangsdaten für die Schüler in der Grundschule - nach der 1. bis 4. Klassenstufe getrennt - und in der Hauptschule - nach der 5. bis 9. Klassenstufe getrennt - liegen aus der jährlichen Schulstatistik vor. Für die nächsten sechs Jahre lassen sich die nachrückenden Einschulungsjahrgänge aus der Geburtenstatistik annähernd ermitteln, denn diese Kinder sind zu Beginn des Prognosezeitraums bereits geboren. "Annähernd" heißt hier, daß geschätzt werden muß, wie viele Geborene das Schuleingangsalter erreichen werden; geschätzt, weil es für Gemeinden keine jährliche Fortschreibung der Bevölkerung nach dem Alter gibt. Da es sich um eine langfristige Schülerprognose handeln soll, d. h. der Vorausschätzungszeitraum soll etwa eineinhalb Jahrzehnte betragen, müssen, um die entsprechenden Einschulungsjahrgänge zu gewinnen, Annahmen über die weitere Entwicklung der Geborenen eingeführt werden. Das geht nicht, ohne sich Gedanken über die Gesamtentwicklung des Nahbereichs zu machen. Wenn es sich auch bei einer Schülerprognose lediglich um eine von der Bevölkerung abgeleitete Prognose handelt, so können dabei doch nicht die Probleme kleinräumlicher Bevölkerungsprognosen außer acht gelassen werden. Die Hereinnahme rein demographischer Ansätze hebt aber die Prognosequalität noch nicht wesentlich, weil es wiederum eine Reihe anderer Komponenten sind, die das Bevölkerungsgeschehen des Nahbereichs beeinflussen können, wie z. B. Betriebsansiedlungen, Wohnbaumaßnahmen, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Vielleicht gibt es sogar für diesen Nahbereich Bevölkerungsricht- oder -zielwerte, die zu beachten sind. Neben der Berücksichtigung der vorhandenen statistischen Daten ist es bei einer solchen kleinräumlichen Prognose wichtig, spezielle Regionalkenntnisse zu haben. Wenn es nun gelingt, die genannten Fakten in ihrem Einfluß auf das Bevölkerungs-

geschehen der Region zu quantifizieren, müssen sie in der nächsten Stufe in ihren Auswirkungen auf die Schülerentwicklung übertragen werden. Das kann sich bei den Eingabedaten (z. B. bei den Einschulungsjahrgängen) und in der Festlegung der Annahmen (z. B. voraussichtliche Zahl von zugezogenen Schülern in der 2. Klassenstufe der Grundschule) niederschlagen. Hierbei kommt es vor allem darauf an, die quantitativen Auswirkungen eines Faktors (z. B. Wohnbauvorhaben unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Wohnungsbelegung) auf die Schülerzahl in der Größenordnung richtig in den Griff zu bekommen. Sie werden erfahrungsgemäß häufig überschätzt.

Wenn es unter Beachtung der vorstehenden Faktoren gelungen ist, die Zahl der Grundschüler - sie ist besonders eng mit dem Bevölkerungsgeschehen verknüpft - in den einzelnen Klassenstufen Jahr für Jahr vorauszuberechnen, dann kommt Ende des 4. Schuljahrganges der Übergang in eine weiterführende Schule (Hauptschule, Realschule, Gymnasium). In Schleswig-Holstein werden seit einigen Jahren alle Grundschulen am Ende des 4. Schuljahrganges nach dem Verbleib ihrer Schüler befragt. Aus dieser Information können Übergangsquoten für kleine Regionen gewonnen werden. Die Grundschulstatistik unterscheidet sich damit von der bereits erwähnten Orientierungsstufenerhebung, deren Befragung bei den weiterführenden Schulen ansetzt. Diese Schulen haben im allgemeinen einen größeren Einzugsbereich, so daß sich in den für sie errechneten Übergangsquoten auch Durchschnittswerte für größere Regionen niederschlagen. Für den Nahbereich, der hier als Beispiel herangezogen wurde, haben die Übergangsquoten nur insoweit Wert, wie sie die im Nahbereich gelegene Hauptschule betreffen. Die Entscheidung über die Übergangsquoten in den weiteren Jahren ist - auf der Grundlage schulpolitischer Überlegungen - wiederum eine Angelegenheit des Auftraggebers der Schülerprognose.

Die Schüler des als Beispiel gewählten Nahbereichs müssen in eine andere Gemeinde (Unterzentrum) auspendeln, um eine Realschule oder ein Gymnasium zu besuchen. Diese Schulen haben einen größeren Einzugsbereich, der u. U. aus mehreren Nahbereichen besteht. Eine Schülerprognose für diese Schulen muß neu aufgebaut werden, und zwar unter Berücksichtigung aller Faktoren, die für ihren Einzugsbereich relevant und quantifizierbar sind. Dazu gehören auch Verflechtungen mit anderen Schulen und Schularten. Eine derartige Verflechtung zwischen den drei Schularten Hauptschule, Realschule und Gymnasium sowie die daraus resultierende gegenseitige Beein-

flussung der Entwicklung der Schülerzahlen, die im Rahmen einer Schülerprognose beachtet werden muß, läßt sich besonders gut beim Durchlauf der Schüler durch die Orientierungsstufe zeigen. In der 5. und 6. Klassenstufe gibt es neben der Versetzung innerhalb derselben Schulart und der Wiederholung einer Klassenstufe derselben Schulart Überleitungen auf andere Schularten sowie "Schrägversetzungen" von einer Schulart zur anderen. Daraus entsteht ein Geflecht von - wenn auch dünnen - Schülerströmen zwischen den drei genannten Schularten und den damit verbundenen unterschiedlichen Regionen. Selbst bei einer räumlich abgegrenzten Schülerprognose muß also das regionale Umfeld, nicht nur wegen exogen ausgelöster Wanderungs- und Pendlerbeziehungen, sondern auch wegen schulintern ausgelöster Vorgänge, mit in die Untersuchung einbezogen werden.

Nach Beendigung der Orientierungsstufe verteilen sich die Schüler vom 7. Schuljahr an auf drei Schularten. Für die Vorausschätzung der Schülerzahl in diesen Jahrgängen müssen, wenn der Nahbereich nicht gerade besonders stark durch eine grenzüberschreitende räumliche Bevölkerungsbewegung beeinflusst wird, vorwiegend schulinterne Bewegungen - versetzen, sitzenbleiben, abgehen, entlassen - berücksichtigt werden. Sie werden, um sie in das Modell aufnehmen zu können, in Quoten umge-
setzt.

Das Ergebnis der skizzierten kleinräumlichen Schülerprognose liegt schließlich, wie auch bei jeder anderen detaillierten Schülerprognose, in Form einer Tabelle vor, die unter Beachtung möglichst vieler Abhängigkeitsbeziehungen zustande gekommen ist und

die die Zahl der Schüler nach der Schulart und nach einzelnen Klassenstufen für einen längeren Vorausschätzungszeitraum ausweist. Der Produzent der Schülerprognosen wird wissen, ob er den Auftrag hatte, eine wahrscheinliche oder eine wünschenswerte Schülerentwicklung zu prognostizieren. Diese Zielvorstellungen haben sich in den eingeführten Annahmen niedergeschlagen. Wenn man von diesen unterschiedlichen Auffassungen absieht, liegen, um es nochmals zu erwähnen, die Schwierigkeiten bei einer kleinräumlichen Schülerprognose im wesentlichen darin, daß bei einer nur kleinen Datenbasis doch viele Faktoren berücksichtigt werden müssen und daß die regionale Schülerzahl häufig so klein ist, daß eine geringfügige zahlenmäßige Fehleinschätzung eines Faktors einen hohen Prognosefehler auslösen kann. Wenn z. B. für eine Region auf der Basis der Geburtenzahl von 1976 für das Jahr 1982 ein Einschulungsjahrgang von 10 Kindern prognostiziert wurde, und es sich dann tatsächlich um 12 Schulanfänger handelt, so beträgt der Fehler bereits 20%. Eine hohe Fehlerquote an einer einzigen Stelle eines umfangreichen Prognosemodells! Aber auch diese Tatsache sollte keinen davon abhalten, die Ergebnisse von Schülerprognosen als Orientierungshilfe zu verwenden. In manchen Fällen wird es sogar sinnvoll sein, mit Toleranzen zu arbeiten, das heißt, zwei Prognosen zu erstellen, um damit zumindest die mögliche Bandbreite der tatsächlichen Entwicklung abgreifen zu können. Es darf nur nicht versäumt werden, die weitere Entwicklung zu beobachten, die Prognose zu überprüfen und sie zu gegebener Zeit zu revidieren oder zu erneuern.

Lieselotte Korschey

Ausländer in Schleswig-Holstein

Am 30. September 1976 lebten 74 800 Ausländer in Schleswig-Holstein, darunter 41 900 oder 56% Männer und Jungen. Damit ist der Ausländerbestand auch in Schleswig-Holstein erstmals seit 1967 zurückgegangen, ein Vorgang, der sich im Bundesgebiet bereits im Vorjahr vollzogen hatte. Der Rückgang ist nicht beträchtlich: Er beläuft sich nur auf 2 400 Personen, das sind etwas über 3%. Für die Männer liegt der Rückgang erwartungsgemäß mit 5% höher als für die Frauen mit nur 1%.

Was die räumliche Verteilung der Ausländer betrifft, so zeigt sich das gewohnte Bild: Fast

jeder zweite Ausländer wohnt in Kiel, Lübeck oder im Kreis Pinneberg.

Eine Wandlung vollzieht sich jedoch in den letzten Jahren in der altersmäßigen Zusammensetzung der Ausländer. Der Charakter der "Erwerbsbevölkerung" ist nicht mehr so ausgeprägt wie noch vor drei Jahren. 1973 standen 82% aller hier wohnhaften Ausländer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, heute "nur" noch 74%. Dafür ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen von 16% auf 23% gestiegen. Gleich geblieben mit 3% ist dagegen der Anteil der Älteren. Zum Vergleich: Die gesamte Bevölkerung, stellvertretend für die deutsche Be-

völkerung, umfaßte Ende 1975 62% im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren, 22% Kinder und Jugendliche und 16% ältere Mitbürger. Das "Nachziehen" der Familienangehörigen läßt sich am Anwachsen des weiblichen Bevölkerungsteils ablesen, der von 1973 bis 1976 von 40% auf 44% zunahm.

28 500 oder 38% aller Ausländer sind Türken. Mit weitem Abstand folgen als zweitstärkste Gruppe die 6 300 Jugoslawen, die 8% aller Ausländer stellen. Aus den EG-Staaten stammen 12 200, das sind 16%. Beachtenswert ist dabei, daß von den 8 800 Kindern im vorschulpflichtigen Alter von unter 6 Jahren 5 100 oder 58% Türkenkinder sind. Unter den 6- bis 9jährigen stellen sie mit 48% fast die Hälfte aller Kinder. Dagegen finden sich unter den 2 000 Ausländern von 65 und mehr Jahren nur 3% Türken.

Die Auswirkungen der verschiedenen Beschränkungen, die in Bezug auf Ausländer eingeführt wurden, zeigen sich an der Entwicklung der Zahlen über die Aufenthaltsdauer der Ausländer. 1973 wurden in Schleswig-Holstein noch 12 900 Ausländer mit einem Aufenthalt in der Bundesrepublik von weniger als einem Jahr ermittelt, das waren 18% aller Ausländer. Die Zahl fiel 1974 auf 8 500 (11%), 1975 auf 6 700 (9%) und schließlich 1976 auf 5 600, das sind nur noch 7%.

Die durchschnittliche Verweildauer in der Bundesrepublik beträgt 5,2 Jahre (Zentralwert). Dabei muß freilich beachtet werden, daß sich die Aufenthaltsdauer ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Auszählungstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet ergibt.

Die Zahlen stammen wie in den Vorjahren aus dem beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregister. Das Bundesverwaltungsamt überläßt dem Statistischen Bundesamt Individualsätze zur Auswertung. Die hier veröffentlichten Zahlen stammen aus dem Tabellenwerk des Statistischen Bundesamtes. Als Ausländer rechnen alle Personen des im Ausländergesetz von 1965 definierten Personenkreises. Ausländer sind demnach alle, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG sind. Ausländer sind auch die Staatenlosen und die Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländern. Die Mit-

glieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes.

Das Ausländerzentralregister ist auf die Meldungen der Ausländerbehörden angewiesen, in der Regel also auf die Meldungen der Kreise und kreisfreien Städte. Diese wiederum erhalten ihre Informationen von den Meldebehörden, Staatsangehörigkeitsbehörden und einer Reihe anderer Behörden, z. B. den Arbeitsämtern. Die genannten Behörden sind für die Materiallieferung über die Ausländerbehörden an das Ausländerzentralregister wohl die wichtigsten. Die Meldebehörden unterrichten die Ausländerbehörden über die An- und Abmeldungen eines Ausländers, über dessen Eheschließung, den Wechsel seiner Staatsangehörigkeit, die Geburt von Kindern und über seinen Tod. Die Staatsangehörigkeitsbehörden teilen der Ausländerbehörde jede Änderung der Staatsangehörigkeit mit, wenn dadurch die Eigenschaft als Ausländer berührt wird, z. B. wenn ein Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt.

Da das Ausländerzentralregister, wie der Name sagt, die Daten aller Ausländerbehörden speichert, lassen sich Kontrollen einbauen, die die gefürchteten "Karteileichen" aufdecken helfen. Meldet sich ein ins Ausland fortziehender Ausländer jedoch nicht ab, so verbleibt er wenigstens eine gewisse Zeit noch im Register. Das Ausländerzentralregister wird bei aller unzweifelhaft vorhandenen Sorgfalt das Los aller Karteien teilen: Es wird einen überhöhten Bestand ausweisen.

Die hier mitgeteilten Ausländerzahlen sind also "cum grano salis" zu lesen. Ihre wahre Zahl mag um einige Tausend überhöht sein. Wie hoch der tatsächliche Fortschreibungsfehler allerdings ist, weiß niemand zu sagen. Vergleiche mit anderen Zählungen führen u. a. deshalb nicht weiter, weil auch einmalige Zählungen wie die Volkszählung oder Arbeitsstättenzählung nicht völlig fehlerfrei sind und weil das Problem der lokalen Zuordnung der Ausländer besteht. Die einen Zählungen rechnen den Ausländer dem Wohnort zu, die anderen dem Arbeitsort. Ist man sich dieser Unsicherheit bewußt und berücksichtigt, daß die größere Mobilität der Männer eine größere Fehlermöglichkeit für die männlichen Ausländer bedeutet, dann lassen sich aus den dargebotenen Zahlen sehr wohl Schlüsse ziehen.

Der Einfluß, der von dem Ende 1973 getroffenen Anwerbestopp und der mißlichen Arbeitsmarktlage auf eine Senkung der Ausländerzahlen ausgeht, wird zu einem ganz erheblichen Teil durch die hohen Geburtenüberschüsse der Ausländer aufgefangen und hier ausgerechnet von dem vom Anwerbestopp betroffenen Personenkreis. Nicht von ungefähr ist die Zahl der Türken auch 1976 weiter gewachsen, wenn auch nur noch um 80 Personen, gegenüber dem letztjährigen Anstieg um 1 300: Von ihnen stammen nämlich die meisten Neugeborenen. 1975, für 1976 liegen noch keine Zahlen vor, wurden 1 902 Ausländerkinder lebend geboren; 1 258 hatten türkische Eltern, 24 nichteheliche Kinder eine türkische Mutter. 67% aller ausländischen Neubürger durch Geburt waren damit Türken. Die bisherigen Anwerbeländer Griechenland, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei stellen 60% aller Ausländer, aber von 88% der lebendgeborenen Ausländerkinder stammen beide Eltern, oder soweit nichtehelich, die Mutter, aus diesen Staaten. Dabei sind eheliche Kinder nur aus solchen Ehen gezählt, in

denen Mann und Frau dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen.

Der von 1975 auf 1976 beobachtete Rückgang der Ausländerzahl um 2 400 Personen von 77 300 auf 74 800 traf wegen des Anwerbestopps vor allem die Anwerbeländer, während die hier lebenden Ausländer aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft ihren Vorjahresstand halten konnten. Die übrigen Länder büßten 609 Vertreter ein. Es versteht sich, daß es darunter eine Reihe von Ländern gibt, die heute personenmäßig stärker im Lande vertreten sind als vor einem Jahr. Das Bild zeigt für die Ausländer, die aus den EG-Staaten und den Anwerbeländern stammen, nicht nur die Zu- und Abnahme der Zahl, sondern durch den logarithmischen Maßstab auch die relativen Veränderungen der letzten Jahre. Von den Staatsangehörigen der früheren Anwerbeländer haben Jugoslawen, Spanier, Griechen und Portugiesen seit dem Vorjahr zusammen um 1 930 und seit 1973 um 4 873 Personen abgenommen. Absolut und prozentual am stärksten fiel die Zahl der Spanier: um 737 oder 16% innerhalb der beiden letzten Jahre und um 2 474 oder 38% seit 1973. Wie ein Blick auf die Kurven zeigt, geht die Zahl der Griechen ebenfalls stark zurück: Von 1975 auf 1976 um 12% und seit 1973 um 24%. Zwei weitere ehemalige Anwerbeländer, die Türkei und Tunesien, wiesen dagegen noch Zunahmen auf, während das letzte Land dieser Gruppe, nämlich Marokko, die Zahl seiner hier lebenden Landeskinder halten konnte. Die Kurven zeigen jedoch, soweit sie steigen, abnehmende Zuwachsraten.

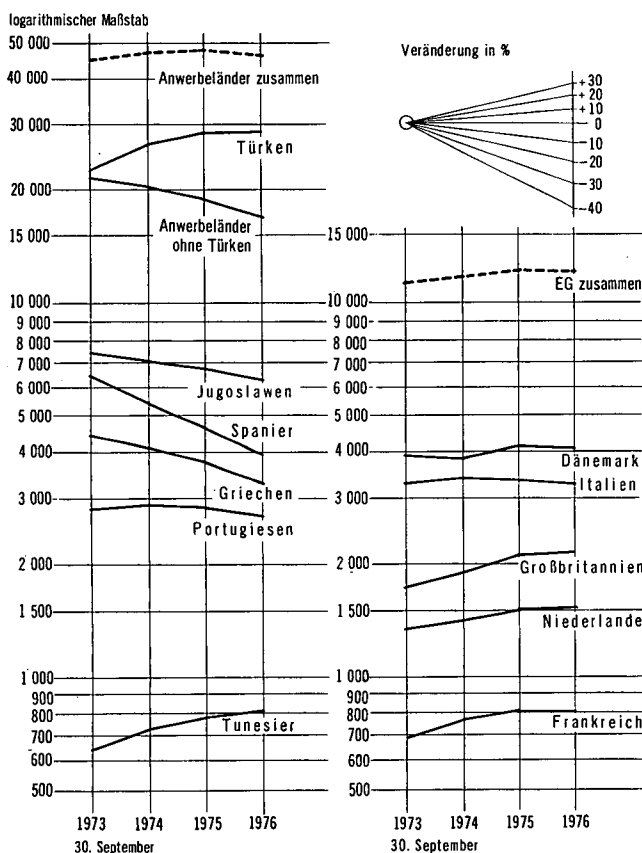
Für die Bundesrepublik lief die Entwicklung seit 1975 ähnlich. Die Spanier nahmen um 28 000 Personen oder 11,3%, die Griechen um 36 800 Personen oder 9,4%, die Jugoslawen um 37 500 oder 5,5% und die Portugiesen um 4 800 oder 4,1% ab.

Die gesamte Abnahme beziffert sich für die Bundesrepublik gegenüber dem 30. September 1975 auf 141 300 Ausländer, das sind 3,5%. Nicht jedes Bundesland weist die gleichen prozentualen Veränderungen auf. Schleswig-Holstein hält sich mit 3,1% in der Nähe des Bundesdurchschnitts. Der größte relative Rückgang ergibt sich für Niedersachsen und Baden-Württemberg mit 5,4% und 5,7%, der geringste für Nordrhein-Westfalen mit 1,6%. Für Hamburg schließlich weist die Statistik sogar einen Gewinn von 2 500 Ausländern, das sind 2,2%, auf. Der Negativsaldo von 141 300 konnte an der Verteilung der fast 4 Millionen Ausländer auf die Bundesländer nicht viel ändern. Wie bisher lebt rund ein Drittel von ihnen in Nordrhein-Westfalen und ein weiteres Fünftel in Baden-Württemberg. Nimmt man Bayern noch

D - 4825

Die Ausländer aus den Anwerbeländern und der EG 1973 bis 1976

Ohne Marokko, Belgien, Irland und Luxemburg (zusammen 1976: 431 Personen)



Ausländer in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik

Staatsangehörigkeit	Ausländer			
	in Schleswig-Holstein		im Bundesgebiet	
	30. 9. ▶ 1976	Veränderung gegenüber 1975	1976	Veränderung gegenüber 1975
Insgesamt	74 847	- 2 428	3 948 300	-141 300
darunter				
Europa	65'704	- 2 283	3 565 000	-146 300
Dänemark	4 083	- 25	10 100	100
Italien	3 326	- 45	568 000	- 33 400
Großbritannien und Nordirland	2 179	63	58 400	2 900
Niederlande	1 518	12	108 200	- 2 300
Frankreich	803	- 11	59 900	- 500
Belgien	181	- 6	15 200	- 100
Irland	110	4	2 700	200
Luxemburg	28	6	4 100	- 100
EG-Staaten	12 228	- 2	826 700	- 33 100
Türkei	28 451	83	1 079 300	2 200
Jugoslawien	6 300	- 568	640 400	- 37 500
Spanien	3 999	- 737	219 400	- 28 000
Griechenland	3 347	- 459	353 700	- 36 800
Portugal	2 702	- 166	113 700	- 4 800
Österreich	2 502	- 62	169 200	- 4 800
Übriges Europa	6 175	- 372	162 600	- 3 600
Afrika	1 885	- 60	71 500	600
Amerika	2 888	29	102 700	- 1 300
Asien	2 441	- 33	124 900	3 600
Staatenlos	1 392	- 82	30 200	- 500

Quelle für Bundeszahlen: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1976, S. 725

dazu, wohnen in diesen drei Ländern 2,7 der 4 Millionen Ausländer. Den höchsten Anteil an der Bevölkerung erreichen die Ausländer in Baden-Württemberg und Westberlin. Dort ist

ungefähr jeder elfte Einwohner ein Ausländer. Schleswig-Holstein beschließt die Reihe. In unserem Land ist nur jeder vierunddreißigste Einwohner kein Deutscher.

Auf niedrigerer regionaler Ebene sind freilich viel größere Häufungen von Ausländern zu beobachten. Nicht ohne Grund wurde ab 1. April 1975 die Zulassung ausländischer Arbeitnehmer in überlasteten Siedlungsgebieten von der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur abhängig gemacht. Die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme wird anhand der folgenden Liste der Großstädte mit den höchsten Ausländeranteilen klar. Offenbach am Main führt mit 181 Ausländern je 1 000 Einwohner die Rangfolge an, direkt gefolgt vom nahegelegenen Frankfurt am Main mit 179 Ausländern je 1 000 Einwohner. Fast jeder fünfte Bürger dieser beiden Städte ist damit ein Ausländer. Welche Probleme für Unterbringung oder schulische Ausbildung sich dadurch ergeben, läßt sich denken.

Ausländer je 1 000 Einw.¹ am 30. 9. 1976

181	Offenbach (Main)	113	Pforzheim
179	Frankfurt (Main)	110	Bottrop
168	München	108	Heilbronn
157	Stuttgart	108	Ludwigshafen am Rhein
135	Remscheid	108	Solingen
121	Mannheim	106	Duisburg
121	Neuß	106	Wiesbaden
119	Fürth	105	Augsburg
114	Köln	102	Krefeld
113	Düsseldorf	102	Nürnberg

1) am 30. 6. 1976

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/76, S. 765*

In Schleswig-Holstein gibt es keine solch herausstechende Konzentration von Ausländern. In den beiden Großstädten Kiel und Lübeck und im Kreis Pinneberg sind sowohl der Zahl nach, als auch bezogen auf die dort wohnende Bevölkerung im Vergleich zu den anderen Regionen Schleswig-Holsteins besonders viele Ausländer wohnhaft. In Lübeck leben 12 900 Ausländer. Bei einer Bürgerschaft von 231 000 Personen bedeutet dies, daß von 1 000 Lübeckern 56 keine Deutschen sind. In Kiel sind 11 900 der 259 000 Einwohner oder 46 von 1 000 Ausländer, im Kreis Pinneberg 11 500 von 254 000 oder 45 von 1 000. In diesem Kreis und den beiden Großstädten unseres Landes zusammengenommen wohnen 36 300 Ausländer, das ist fast die Hälfte der nichtdeutschen Einwohnerschaft Schleswig-Holsteins.

27 300, das sind 36% aller Ausländer, haben in den Hamburg nahe gelegenen vier Kreisen Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg Unterkunft gefunden. Ein Teil von

Ausländer in den Ländern des Bundesgebiets am 30. 9. 1976

Land	Ausländer			Zu- (+) oder Abnahme (-) gegenüber 30. 9. 1975	
	in 1 000	in %	je 1 000 Einw. ¹	in 1 000	in %
Schleswig-Holstein	74,8	1,9	29	- 2,5	- 3,1
Hamburg	118,1	3,0	69	+ 2,5	+ 2,2
Niedersachsen	250,1	6,3	35	- 14,2	- 5,4
Bremen	41,2	1,0	58	- 0,9	- 2,1
Nordrhein-Westfalen	1 204,8	30,5	70	- 19,7	- 1,6
Hessen	431,3	10,9	78	- 14,6	- 3,3
Rheinland-Pfalz	143,2	3,6	39	- 7,0	- 4,6
Baden-Württemberg	831,9	21,1	91	- 50,2	- 5,7
Bayern	641,8	16,3	59	- 30,3	- 4,2
Saarland	41,9	1,1	38	- 0,9	- 2,0
Berlin (West)	169,2	4,3	86	- 3,6	- 2,1
Bundesgebiet	3 948,3	100	64	- 141,3	- 3,5

1) am 30. 6. 1976

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1976, S. 726

KREISFREIE STADT Kreis	Ausländer		
	Anzahl	in %	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	3 932	5,3	42
KIEL	11 888	15,9	46
LÜBECK	12 885	17,2	56
NEUMÜNSTER	3 131	4,2	37
Dithmarschen	1 156	1,5	9
Hzgt. Lauenburg	4 733	6,3	31
Nordfriesland	2 223	3,0	14
Ostholstein	3 000	4,0	16
Pinneberg	11 528	15,4	45
Plön	1 331	1,8	12
Rendsburg-Eckernförde	3 248	4,3	14
Schleswig-Flensburg	2 006	2,7	11
Segeberg	6 087	8,1	31
Steinburg	2 720	3,6	21
Stormarn	4 979	6,7	28
Schleswig-Holstein	74 847	100	29

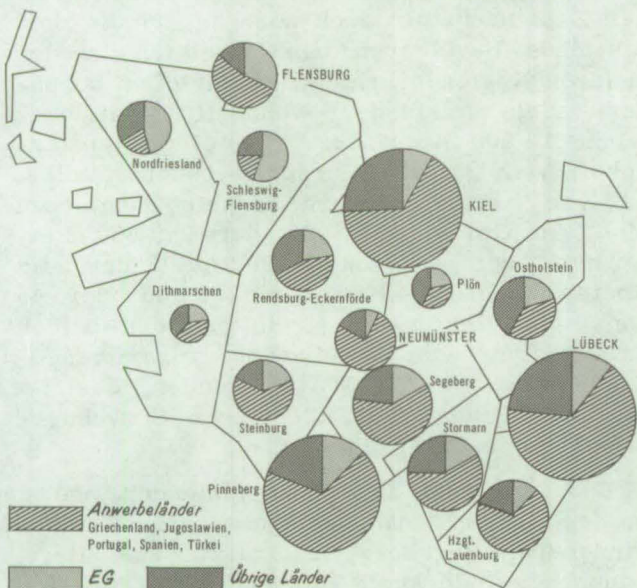
ihnen arbeitet vermutlich in Hamburg, rechnet also zu den Pendlern.

In allen kreisfreien Städten und in den 5 südlicheren Kreisen Schleswig-Holsteins überwiegen Ausländer aus den ehemaligen Anwerbeländern Türkei, Jugoslawien, Spanien, Griechenland und Portugal, deren Zahl im Lande 44 800 oder 60% ausmacht. In den nördlichsten Gebieten Schleswig-Holsteins wird der hohe Anteil der Angehörigen aus einem der acht außerdeutschen EG-Staaten durch die Zahl der dort wohnenden Dänen bestimmt. Im Kreis Schleswig-Flensburg besitzen 45% aller Aus-

länder die dänische Staatsangehörigkeit, in Nordfriesland und in Flensburg ein Viertel und im Kreis Rendsburg-Eckernförde immerhin noch fast jeder zehnte Ausländer. Im gesamten Lande leben 12 200 Angehörige der genannten acht EG-Staaten, das sind 16%. Anders ausgedrückt: Jeder sechste Ausländer stammt aus einem Staat der Europäischen Gemeinschaft.

Die Ausländer haben einen anderen Altersaufbau als die deutsche Bevölkerung. Das versteht sich, da ein großer Teil der nicht-deutschen Mitbürger hauptsächlich der Arbeitsmöglichkeit oder des Studiums wegen ins Land gekommen ist, mit dem Willen, es nach einigen Jahren wieder zu verlassen. Selbstverständlich sind auch Beharrungsmomente nicht zu übersehen, die sich, wie später gezeigt wird, an der zunehmenden Aufenthaltsdauer ablesen lassen. Das ist auch eine Folge des Anwerbestopps. Mit dem längeren Verweilen in der Bundesrepublik und dem Nachziehen der Familienangehörigen geht eine Verbreiterung der Altersbaubasis einher. Es werden Kinder geboren, oder sie stoßen mit der Mutter zu ihrem bereits hier weilenden Vater. Die ursprünglich stark ausgeprägte "Erwerbsbevölkerung" besteht demzufolge nicht mehr im früheren Maße. Von 1973 bis 1976 sank der Anteil der Ausländer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren von 82% auf 74%, während der Anteil der Kinder und Jugendlichen von 16% auf 23% gestiegen ist. Unverändert gering ist dagegen der Anteil der älteren ausländischen Mitbürger. Nur 3% von ihnen sind älter als 65 Jahre. Die gesamte Bevölkerung, stellvertretend für die deutsche Bevölkerung, hatte Ende 1975 nur 62% Einwohner im erwerbsfähigen Alter aufzuweisen, der Anteil der Kinder und Jugendlichen entsprach mit 22% ungefähr dem heutigen Anteil unter den Ausländern, während allerdings 16% mehr als 65 Jahre zählten.

0 - 4826
Die Ausländer aus den Anwerbeländern und der EG am 30.9.1976



Der Altersaufbau für die Ausländer insgesamt wird in hohem Maße vom Altersaufbau der Ausländer aus den früheren Anwerbeländern bestimmt, weil diese sechs Zehntel aller Ausländer stellen. In einem Punkt unterscheiden sie sich zwar nicht von den übrigen Ausländern: In der ausgeprägten Verdickung des Altersbaumes in den mittleren Lebensjahren. Die Ausländer aus den Anwerbeländern weisen aber einen besonders hohen Geburtenenertrag sowie einen besonders geringen Anteil an alten Leuten auf. Die Unterschiede an Anfang und Ende des Altersbaumes sind dadurch so ausgeprägt, daß die Angabe des Durchschnittsalters (Zentralwert) zur Charakterisierung des Altersaufbaus ziemlich sinnlos wird, wie folgende Beispiele zeigen, die, mindestens bei den Männern, die Unterschiede fast ganz verwischen:

	männlich	weiblich
	Durchschnittsalter in Jahren	
EG	30,0	27,6
Anwerbeländer	30,3	25,1
Übrige Ausländer	30,9	29,3

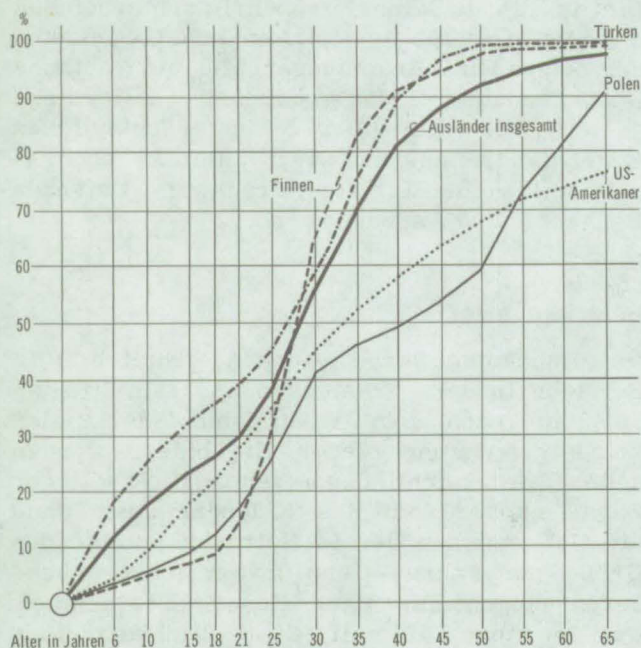
Der Altersbaum der Gesamtbevölkerung, dem der deutschen Bevölkerung gleichbedeutend, zeigt ein gänzlich anderes Bild. Hohe Anteile von alten Leuten machen deutlich, warum nur 62% der Stammbevölkerung im erwerbsfähigen Alter stehen.

Eine gute Methode, die Altersgliederung bestimmter Ausländergruppen zu zeigen, stellen Kumulationskurven dar, wie im Bild unten. Ihnen läßt sich auch das wenig aussagefähige Durchschnittsalter entnehmen, das die Hälfte aller Ausländer einer Staatsangehörigkeit unter- oder überschreitet. Hauptsächlich aber machen die Kurven deutlich, wie sehr sich einzelne Ausländergruppen voneinander unterscheiden. Von der Altersskala ausgehend, läßt sich z. B. ablesen, daß über 30% der Türken unter 15 Jahre alt sind, von den Finnen dagegen nur 7%. Daß von den Polen und US-Amerikanern in Schleswig-Holstein ein größerer Anteil in höherem, im Bild nicht mehr gezeigten Lebensalter steht, zeigt der flache Verlauf der Kumulationskurven ebenfalls.

Woraus resultiert der hohe Anteil der Kinder unter den Ausländern aus den Anwerbelän-

D - 4827

Ausländer ausgewählter Staatsangehörigkeit nach dem Alter am 30.9.1976



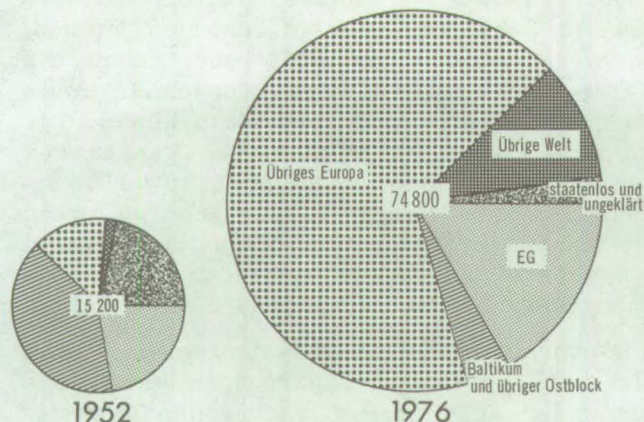
dern? Der Grund ist in erster Linie die höhere Fruchtbarkeit. Hätten die Frauen aus Griechenland, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei die gleiche Fruchtbarkeit wie alle in Schleswig-Holstein lebenden Frauen, so wären von ihnen 1975 nur genau die Hälfte ihrer Kinder geboren worden. In zweiter Linie spielt der Altersaufbau hinein. Die im gebärfähigen Alter stehenden Frauen aus den fünf genannten ehemaligen Anwerbeländern hätten weniger Kinder geboren, wenn sie den ungünstigen Altersaufbau der gesamten im gebärfähigen Alter stehenden schleswig-holsteinischen Bevölkerung besessen hätten.

Wie vorher schon angedeutet wurde, zeigt sich ein gewisses Beharrungsmoment der Ausländer auch in der wachsenden Verweildauer. Dabei sei nochmals daran erinnert, daß sich die Verweildauer auf den Aufenthalt in der Bundesrepublik bezieht und nicht etwa auf Schleswig-Holstein und daß sie sich aus der Frist zwischen erster Einreise und dem Auszählungstichtag ergibt. Zwischenzeitliches Verlassen des Gebietes der Bundesrepublik bleibt außer Betracht.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik der in Schleswig-Holstein lebenden Ausländer belief sich 1973 noch auf 3,2 Jahre, 1975 erreichte sie schon 4,5 Jahre und 1976 beträgt sie bereits 5,2 Jahre. Dabei wurde als Mittelwert der Zentralwert gewählt. In 3 Jahren stieg die durchschnittliche Verweildauer somit um 2 volle Jahre. Es ist dabei nicht etwa so, wie vielleicht zunächst vermutet werden könnte, daß dieses Anwachsen der Aufenthaltsdauer ausschließlich auf den durch den Anwerbestopp ausbleibenden Zustrom direkt aus dem Ausland kommender neuer Arbeitskräfte zurückzuführen ist. Wohl dauert der mittlere Aufenthalt der Ausländer aus den fünf, im zweiten Bild bezeichneten Anwerbeländern nicht mehr wie 1973 2,8, sondern mittlerweile 4,7 Jahre, also auch 2 Jahre länger; aber auch der durchschnittliche Aufenthalt der übrigen Ausländer ist um 2 Jahre gestiegen: Von 4,6 auf 6,6 Jahre. In dieser Zeit der wirtschaftlichen Unsicherheit ist offenbar fast jeder Ausländer bestrebt, seinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu behalten.

Ein kurzer Rückblick auf das Ausländergeschehen in Schleswig-Holstein soll den Aufsatz beschließen. Kurz vor dem letzten Krieg lebten ungefähr 13 000 Ausländer in Schleswig-Holstein. Während und nach dem Krieg strömten große Massen von Ausländern freiwillig und unfreiwillig nach Schleswig-Holstein. Im Herbst 1945 lebten in Lagern fast 100 000 Displaced Persons, die zu einem großen Teil auf Rückkehr in die Heimat oder Ausreise nach Amerika oder einem

Ausländer in Schleswig-Holstein 1952 und 1976



anderen Land ihrer Wahl warteten. Die entwurzelten Ausländer wurden von der United Nations Relief and Rehabilitation Association (UNRRA) und später von der IRO, der International Refugee Organization, betreut. Im April 1952 wurden die Lager in deutsche Hände übergeben. Mittlerweile war die ausländische Lagerbevölkerung erheblich gesunken. Anfang Oktober 1952 waren es noch knapp über 3 000 Ausländer.

Ein Teil von ihnen ist im Lande geblieben. Immer noch leben hier Esten, Letten, Litauer und Polen und andere heimatlose Ausländer, die inzwischen Eingebürgerten nicht gerechnet.

Vom Herbst 1952 an läßt sich somit eine Konsolidierung feststellen. Anfang 1955 war die Ausländerzahl auf 12 400 gesunken. Wie weit dabei die umgestaltete Erfassungsweise mitspricht, läßt sich heute nur schwer abschätzen. Bis 1960 änderte sich kaum etwas. Dann freilich nahm die Ausländerzahl sprunghaft zu. Binnen weniger Jahre schnellte sie auf mehr als 30 000. Die Rezession der Jahre 1966/67 trieb die Zahl wieder unter die 30 000-Marke. Doch ab 1969 vollzog sich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung einhergehend, wieder ein äußerst rasches Anwachsen der Ausländerzahlen. Wie sich die Zahl der Ausländer verändert hat, kommt in den Kreisflächen zum Ausdruck; wie sich die Aufteilung der Ausländer auf die verschiedenen Staatsangehörigkeiten gewandelt hat, zeigen die Kreis-sektoren.

Gustav Thissen

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht A 1 4. Vergleiche auch: "Die Ausländer am 30. September 1975" in dieser Zeitschrift, Heft 4/1976, S. 72

Die Unternehmen im Baugewerbe und ihre Investitionen 1975

Die Jahres- und Investitionserhebung bei den Unternehmen im produzierenden Gewerbe vermittelt einen Eindruck über die im Berichtsjahr getätigten Umsätze (bei den bauhauptgewerblichen Unternehmen der Wert der Jahresbauleistung) und Investitionen sowie die zum Stichtag 30. September in diesen Unternehmen tätigen Personen. Diese Erhebung wendet sich nur an die nach Maßgabe der Abschneidegrenze größeren Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im produzierenden Gewerbe liegt. Entscheidend für die Schwerpunktbestimmung ist das Unternehmen als Ganzes. Einzelne Betriebe, deren Hauptaktivitäten woanders als diejenigen des Gesamtunternehmens liegen, sind mit ihren Werten in den Zahlen fürs Unternehmen und in dessen Wirtschaftszweig mit enthalten.

Das Baugewerbe als Teil des produzierenden Gewerbes hat für diese Erhebung als Abschneidegrenze 20 und mehr Beschäftigte.

Die in diesem Sinne großen Bauunternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein sind Gegenstand der folgenden Betrachtungen, die sich auf das Geschäftsjahr 1975 beziehen. Allerdings gebieten nicht nur die recht unterschiedlichen Ergebnisse, sondern auch die Erhebungsmethodik eine strikte Trennung zwischen Bauhaupt- und Ausbaugewerbe.

Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe werden jährlich alle Betriebe in der "Totalerhebung" zum Stichtag 30. Juni nach den wichtigsten Merkmalen befragt. Aufgrund dieser Ergebnisse werden unter Berücksichtigung eventuell aktuellerer Werte nach Ablauf des Kalenderjahres dann die Unternehmen der in Betracht kommenden Größe zur Jahres- und Investitionserhebung herangezogen. Die Zahl dieser Unternehmen war im Jahre 1975 mit 589 (Volljahresmelder

ohne Arbeitsgemeinschaften) um 79 oder 12% geringer als im Jahr zuvor. Der Hochbau (Hoch- und Ingenieurhochbau) als der von der Unternehmens- und Beschäftigtenzahl her stärkste Wirtschaftszweig hatte 52 Unternehmen (14%) weniger als 1974. Da die Zahl der Betriebe und Unternehmen des Bauhauptgewerbes, die zur Totalerhebung 1975 weniger als 20 Beschäftigte hatten, gegenüber 1974 um 33 per Saldo zugenommen hat¹, ist die Annahme begründet, daß die Zahl der in der Erhebung enthaltenen Unternehmen nicht nur durch Konkurse, sondern auch durch Schrumpfungen unter die Abschneidegrenze kleiner geworden ist.

Die hier enthaltenen Unternehmen beschäftigten Ende September 1975 nur noch etwa 37 800 Personen. Der entsprechende Vorjahreswert lag bei 41 600. Die Totalerhebung 1975 weist als Gesamtzahl aller im Bauhauptgewerbe tätigen Personen 51 972 aus. Trotz einiger Vorbehalte (unterschiedliche Stichtage; als tätige Personen bei den Unternehmen zählen auch solche im nicht-bauhauptgewerblichen Bereich) läßt sich sagen, daß etwa drei Viertel der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten in den großen Unternehmen arbeiten.

Der Bruttoproduktionswert - die Jahresbauleistung einschließlich selbsterstellter Anlagen und der sonstigen Umsätze - aller bauhauptgewerblichen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten ist, wie schon 1974, im Jahre 1975 im Vergleich zum Vorjahr gesunken und betrug nur noch 2,6 Mrd. DM. Die Abnahmerate war mit 5,0% sogar größer als diejenige von 1974 gegenüber 1973 (1,6%). Wegen der ebenfalls geringeren Beschäftigtenzahl betrug der Pro-Kopf-Bruttoproduktionswert 1975 allerdings 69 743 DM gegenüber 66 642 DM im Jahre 1974. Diese Leistungsrelation ist die einzige Größe, die auch in den Krisenjahren 1974 und 1975 nicht gesunken ist.

Der Bruttoproduktionswert besteht zu über 95% aus der Jahresbauleistung einschließlich selbst erstellter Anlagen. Die Bauunternehmen sind also außerhalb des Bauhauptgewerbes und seiner eventuell vorgelagerten Produktionsstufen nur in geringem Umfang aktiv gewesen. Die Verzahnung mit anderen Wirtschaftszweigen ist nicht so häufig wie bei den verarbeitenden Industrieunternehmen.

Die Unternehmen des schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten haben im Jahre 1975 insgesamt etwa 93,6 Mill. DM investiert. Als Investitionen sind hier die Bruttozugänge an Sachanlagen unter Einbeziehung der selbst erstellten Anlagen und Gebäude ohne Umbuchungen und

ohne Investitionen im Ausland zu verstehen. Die Struktur der Investitionen hat sich 1975 weiter zugunsten der beweglichen Anlagegüter verschoben. Der auf diese Güter - Maschinen, Fahrzeuge, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie geringwertige Wirtschaftsgüter - entfallende Teil der Investitionen hatte einen Wert von 81,9 Mill. DM. Er entspricht damit sechs Siebenteln der gesamten Bruttoanlageinvestitionen und ist trotz der für das erste Halbjahr 1975 geltenden Investitionszulage von 7,5 Prozent nur um 1,3% nominal höher als der entsprechende Vorjahreswert. Diese bescheidene Steigerung gegenüber dem Niveau von 1974, das im Vergleich zu den Vorjahren bereits äußerst niedrig war, reicht nicht aus, um den gegenüber 1974 um 28% geringeren Zugang an Grundstücken und Gebäuden, dem anderen Teilbereich dieser Investitionen, zu kompensieren. Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen der berichtenden Unternehmen des Bauhauptgewerbes sind wegen der fehlenden Auslastung der bereits vorhandenen Kapazitäten auch 1975 wiederum geringer als im Jahr zuvor (- 3,5%).

Wenn man allerdings die Relation zu den in diesen Unternehmen tätigen Personen herstellt, dann ergibt sich als Investition je Beschäftigten ein Wert von 2 477 DM, der um 6,3% über der entsprechenden Zahl von 1974 liegt. Legt man den Preisindex der Maschinen für die Bauwirtschaft², der eine Preissteigerung von 7,3% im Jahre 1975 ausweist, zugrunde, dann läßt sich letztlich feststellen, daß die Investitionen 1975 je Beschäftigten gegenüber 1974 real etwa gleich geblieben sind.

Als weitere für die Beurteilung der Investitionstätigkeit wichtige Größe sei das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoproduktionswert herangezogen und im folgenden als Investitionsquote bezeichnet. Diese Relation liegt mit 3,6% für die bauhauptgewerblichen Unternehmen insgesamt ebenfalls nur gering über dem Tiefstwert von 1974. Immerhin hat sich der seit 1970 festzustellende Rückgang der Investitionsquote 1975 nicht noch weiter fortgesetzt.

Da es sich bei den genannten Investitionszahlen um die Bruttozugänge an Anlagegütern handelt, sind zur Abrundung des Bildes auch die Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern (Desinvestitionen) im Geschäftsjahr zu beachten. Für alle bauhauptgewerblichen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten haben diese Erlöse eine Höhe von 14,3 Mill. DM, das sind immerhin 15% der genannten Investitionssumme. 3,6 Mill. DM oder ein Viertel dieser Erlöse entfallen auf

1) Statistische Berichte F 11 - j/74 und F 11 - j/75

2) Statistisches Bundesamt, "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen", Reihe 3, 1975, S. 18

Beschäftigte, Bruttoproduktionswert und Anlagegüter im Bauhauptgewerbe 1975

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr Wirtschaftszweig Größenklasse	Unter- nehmen ¹	Beschäf- tigte	Bruttoproduktionswert (ohne Umsatzsteuer)		Zugang an Anlagegütern ²					Aufwen- dungen für ge- mietete und gepach- tete Anlage- güter	
			ins- gesamt	je Beschäf- tigten	ins- gesamt	Grund- stücke und Ge- bäude	Maschi- nen und masch. Anlagen, Betriebs- und Ge- schäfts- aus- stattung	je Beschäf- tigten	Anteil am Brutto- produk- tions- wert	Abgang an Anlage- gütern	
			Mill.DM	DM	1 000 DM		DM	%	1 000 DM		
1970	682	48 469	1 867	38 522	133 846	15 109	118 737	2 761	7,2	8 319	.
1971	713	48 803	2 316	47 447	142 037	19 036	123 001	2 910	6,1	13 078	.
1972	744	49 229	2 683	54 497	146 190	26 361	119 828	2 970	5,5	15 595	14 470
1973	707	46 625	2 816	60 392	133 985	34 944	99 040	2 874	4,8	11 087	17 911
1974	668	41 595	2 772	66 642	96 974	16 104	80 873	2 331	3,5	11 029	14 899
Bauhauptgewerbe 1975	589	37 769	2 634	69 743	93 562	11 641	81 920	2 477	3,6	14 310	20 973
davon im											
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	50	5 943	441	74 284	14 907	2 633	12 272	2 508	3,4	1 790	3 784
Hoch- und Ingenieurhochbau	324	17 035	1 078	63 287	26 251	5 236	21 014	1 541	2,4	5 211	1 703
Tief- und Ingenieurtiefbau	82	4 997	328	65 698	18 799	1 908	16 891	3 762	5,7	2 983	8 407
Straßenbau	89	8 124	684	84 202	30 960	1 581	29 380	3 811	4,5	4 202	6 784
Spezialbau	7	480	29	60 173	730	10	720	1 521	2,5	5	.
Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	3	70	3	39 700	17	-	17	243	0,6	-	.
Zimmerei und Ingenieurholzbau	16	543	38	69 352	1 265	156	1 109	2 330	3,4	49	50
Dachdeckerei	18	577	33	57 017	633	117	517	1 097	1,9	70	153
davon in Unternehmen mit											
20 - 99 Beschäftigten	517	22 062	1 362	61 747	50 213	6 478	43 734	2 276	3,7	9 026	5 882
100 - 199 "	44	6 007	390	64 852	13 990	900	13 090	2 329	3,6	1 197	3 692
200 und mehr "	28	9 700	882	90 960	29 359	4 263	25 096	3 027	3,3	4 087	11 399

1) einschließlich Arbeitsgemeinschaftsanteilen, aber ohne Arbeitsgemeinschaften

2) einschließlich der von den Arbeitsgemeinschaften getätigten Investitionen

den Verkauf unbebauter Grundstücke. Die Unternehmen veräußerten 1975 in verstärktem Maße unbebaute Grundstücke und erlösten dabei erstmalig in den letzten Jahren mehr als sie gleichzeitig für den Erwerb solcher Grundstücke ausgaben. Vermutlich äußert sich darin nicht nur die Anpassung an ein niedrigeres Beschäftigungsniveau, sondern auch der Rückgriff auf die Substanz zur Überwindung finanzieller Schwierigkeiten.

Auch die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter sind im Bauhauptgewerbe von Bedeutung. Für die Unternehmen des Berichtskreises ergab sich 1975 ein Wert von fast 21 Mill. DM, der damit deutlich über den Vorjahreswerten lag und fast einem Viertel der gesamten Bruttoanlageinvestitionen entsprach. Die Zahl der Unternehmen, die sich des Leasinggeschäfts bedienten, ist in den

letzten Jahren ständig gewachsen. Im Jahre 1975 waren es 177 Unternehmen, die sich dieser Form der Ausstattung mit Maschinen und Anlagen bedienten und sie zumindest zum Teil der langfristigen Kapitalbindung vorzogen. Dabei haben sicherlich nicht nur Kostenerwägungen eine Rolle gespielt, sondern auch die harte Erfahrung, ohne Preisgabe von finanziellem Spielraum in der Kapazität anpassungsfähig sein zu müssen.

An den Ergebnissen für die einzelnen Beschäftigtengrößenklassen fällt auf, daß es zwischen den Unternehmen mit 20 bis 199 und den mit 200 und mehr Beschäftigten einen deutlichen Unterschied gibt, der sich vor allem in der unterschiedlichen Kapitalintensität zeigt. Der Bruttoproduktionswert je Beschäftigten ist bei den Unternehmen der größten Klasse im Jahre 1975 mit 91 000 DM fast um die Hälfte größer

als bei den übrigen Unternehmen. Auch die Pro-Kopf-Investition ist mit 3 027 DM um einiges höher als bei den Unternehmen der Klasse mit 20 bis 99 (2 276 DM) und der Klasse mit 100 bis 199 tätigen Personen (2 329 DM). Obwohl beide zur Bildung der Investitionsquote zu dividierenden Werte in den Großunternehmen um etwa den gleichen Anteil größer sind als in den beiden kleineren Klassen, ist die Investitionsquote bei den kleineren Unternehmen etwas höher.

Für Miete und Pacht von Anlagegütern wendeten die 28 Unternehmen mit 200 und mehr Beschäftigten 11,4 Mill. DM auf, während die 561 übrigen Unternehmen, die insgesamt etwa die dreifache Personenzahl beschäftigten, für diese Zwecke zusammen lediglich 9,6 Mill. DM ausgaben. Die bereits erwähnte Ausweitung des Leasinggeschäfts ist offenbar hauptsächlich von den Großunternehmen betrieben worden. Ohne Ausnahme betroffen wurden die drei Größenklassen vom Rückgang der Beschäftigten, der noch am deutlichsten (11%) bei den kleineren Unternehmen und am geringsten (4%) bei den Unternehmen mit 100 bis 199 Beschäftigten ausfiel. Die Größenklasse mit 200 und mehr Beschäftigten büßte 8% ihres Personalstands von 1974 ein.

Vom allgemeinen Beschäftigtenrückgang im Jahre 1975 ist keiner der bedeutenden Wirtschaftszweige des Bauhauptgewerbes verschont geblieben. Während im Hochbau und im Hoch- und Tiefbau ohne ausgeprägten Schwerpunkt der Rückgang gleichermaßen etwa bei 8,5% lag, ging die Zahl der im Straßenbau tätigen Personen um 3,5%, im reinen Tiefbau dagegen um 13,7% zurück. Diese Zahlen können auch durch Wechsel in den von den Unternehmen selbst anzugebenden Aktivitätsschwerpunkten beeinflusst worden sein. Der Straßenbau verzeichnete 1975 als einziger Zweig einen höheren Gesamt-Bruttoproduktionswert als 1974 und hat bei der entsprechenden Pro-Kopf-Relation mit 84 202 DM den deutlich höchsten Wert der Branche. Daß der Straßenbau der offenbar kapitalintensivste Zweig ist, äußert sich auch darin, daß er absolut (31 Mill. DM) und auch pro Kopf (3 811 DM) am meisten investierte. Die Investitionsquote war mit 5,7% im Tiefbau allerdings noch höher als im Straßenbau (4,5%). Beide Wirtschaftszweige hatten mit 8,4 Mill. DM (Tiefbau) und mit 6,8 Mill. DM (Straßenbau) auch die mit Abstand höchsten Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter.

Obwohl die Unternehmen, die ausschließlich Hochbauten errichten, (Hoch- und Ingenieurhochbau) fast die Hälfte aller tätigen Personen des Bauhauptgewerbes beschäftigten, betrug ihr Anteil an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen 1975 lediglich 28%. Obendrein ver-

kauften sie in weit stärkerem Maß als 1974 (2,3 Mill. DM) Anlagegüter. Sie erzielten dabei einen Erlös von 5,2 Mill. DM. Die bereits erwähnten Veräußerungen von unbebauten Grundstücken, zum größten Teil durch reine Hochbaufirmen, machten dabei über die Hälfte dieser Summe aus.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß auch 1975 das Bauhauptgewerbe wieder viel Personal abbauen mußte. Allgemein weiter gesunkene Gesamt-Bauleistung und nach wie vor geringe Investitionsneigung kennzeichnen die Lage im Jahre 1975. Von diesem Schrumpfungsprozess sind mehr oder weniger alle Wirtschaftszweige und Größenklassen betroffen. Lediglich die Pro-Kopf-Relationen von Bruttoproduktionswert und Investitionen sind wegen des hohen Rückgangs der Beschäftigtenzahl günstiger als noch 1974. Da weder Gesamtkapital noch Abschreibungen im Rahmen dieser Statistik erhoben wurden, lassen sich über die absoluten Veränderungen der Kapazitäten keine Aussagen machen. Die Investitionen dürften allerdings kaum ausgereicht haben, um den abschreibungsbedingten Kapitalverzehr zu kompensieren.

Wir wissen inzwischen³, daß das Jahr 1976 für die einzelnen Zweige sehr unterschiedliche Entwicklungen brachte. Während der Straßenbau, der das Jahr 1975 noch relativ gut überstand, auch in große Schwierigkeiten kam, ist im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau - hier vor allem wegen der bereits erwähnten Investitionszulage und deswegen auch nur vorübergehend - eine starke Belebung eingetreten. Es sei dahingestellt, ob der vollzogene Schrumpfungsprozeß zu einer Gleichheit von Angebot und Nachfrage auf niedrigerem Niveau führt oder ob der Abbau von Personal und Kapazitäten für kommende Marktsituationen nicht ausreichend oder aber womöglich in einigen Wirtschaftszweigen zu weitgehend war.

Ausbaugewerbe

Für das Ausbaugewerbe rekrutiert sich der Berichtskreis der Jahres- und Investitions-erhebung nach wie vor aus der Handwerkszählung von 1968. Eine Jahresstatistik wie die Totalerhebung im Bauhauptgewerbe, mit deren Hilfe der Berichtskreis um neue Ausbauunternehmen ergänzt werden könnte, wird nicht durchgeführt. Es handelt sich also um einen Berichtskreis, der von Jahr zu Jahr schrumpft und deshalb den Vergleich absoluter Werte über mehrere Jahre nur sehr bedingt zuläßt. Die Zahl der noch meldepflichtigen Unter-

3) Statistische Berichte F 1 I/F 1 3 - m 12/76. Siehe auch "Das Bauhauptgewerbe 1976" in dieser Zeitschrift, Heft 12/1976, S. 191

Beschäftigte, Umsatz und Anlagegüter im Ausbaugewerbe 1975

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Zugang an Anlagegütern		Abgang an Anlagegütern	
				insgesamt	Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
	Ende September		1 000 DM	1 000 DM		1 000 DM	
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	20	776	44 316	600	68	530	48
Elektroinstallation	52	2 020	99 679	2 988	1 588	1 400	142
Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei	31	1 338	54 347	1 034	71	963	65
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei	12	538	47 047	1 259	594	665	54
Ausbaugewerbe	115	4 672	245 389	5 881	2 321	3 558	309
darunter in Unternehmen mit							
20 - 99 Beschäftigten	110	4 017	209 303	5 529	2 273	3 255	296
100 - 199 "	5	655	36 086	352	48	303	13

nehmen ist 1975 um 2 auf 115 gesunken. Die Beschäftigtenzahl der verbliebenen Unternehmen betrug 1975 4 672 und damit 221 weniger als im Jahre 1974. Der Ausbau als typisch mittelständisches Gewerbe hatte, vorbehaltlich der methodisch bedingten Unvollständigkeit des Berichtskreises, kein Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten. Auch die fünf Unternehmen mit mehr als 99 tätigen Personen vereinigten lediglich 14% aller in den 115 Ausbauunternehmen Beschäftigten.

Es ist beachtlich, daß die Ausbauunternehmen mit etwa 5,9 Mill. DM bei den Bruttoanlageinvestitionen um fast 15% höher lagen als 1974. Die Steigerung war bei Grundstücken und Gebäuden geringer, bei den beweglichen Anlagegütern aber - wohl als Folge der Investitionszulage - stärker. Die größeren Unternehmen haben im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe bei den Bruttoanlageinvestitionen mit 6% einen am Gesamtwert aller Unternehmen

kleineren Anteil als bei den Beschäftigten. In der Investitionsstruktur des Ausbaugewerbes nahmen die beweglichen Anlagegüter mit etwa 60% einen niedrigeren Rang als im Bauhauptgewerbe ein. Auch der Verkauf von Anlagegütern ist im Ausbaugewerbe nicht so bedeutend.

Umsatzzahlen liegen nur für das Jahr 1975 vor. Der Umsatz je Beschäftigten war mit 52 523 DM ebenso wie die Pro-Kopf-Investition (1 259 DM) bedeutend kleiner als im Bauhauptgewerbe. Vor allem daran werden die geringere Kapitalintensität und das mehr mittelständische Gepräge des Ausbaugewerbes deutlich, die zu dem eingangs gegebenen Hinweis auf Unterschiede in den beiden Bereichen des Baugewerbes veranlaßten.

Bernd Struck

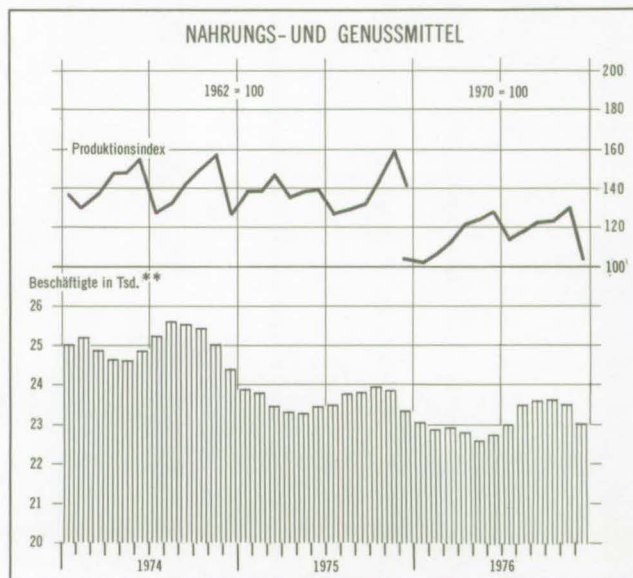
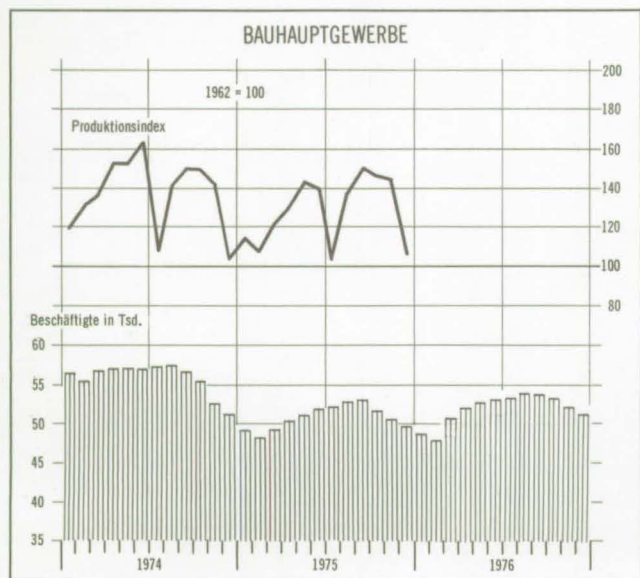
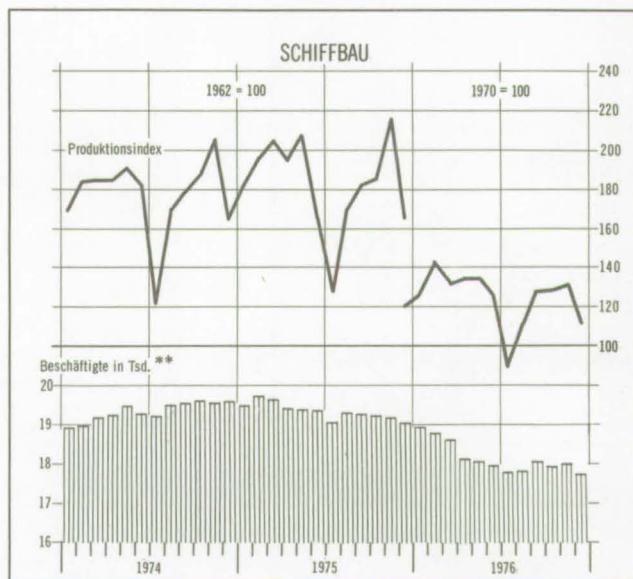
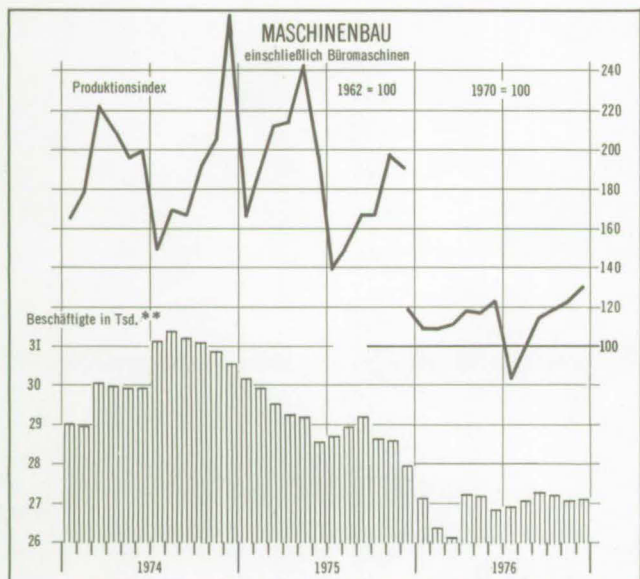
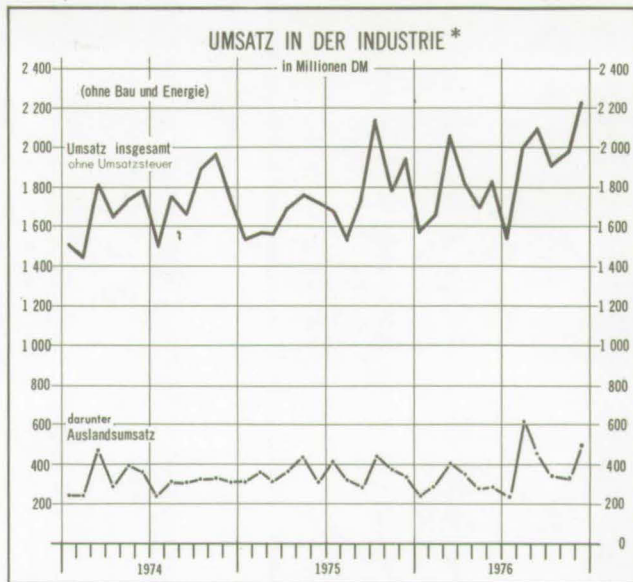
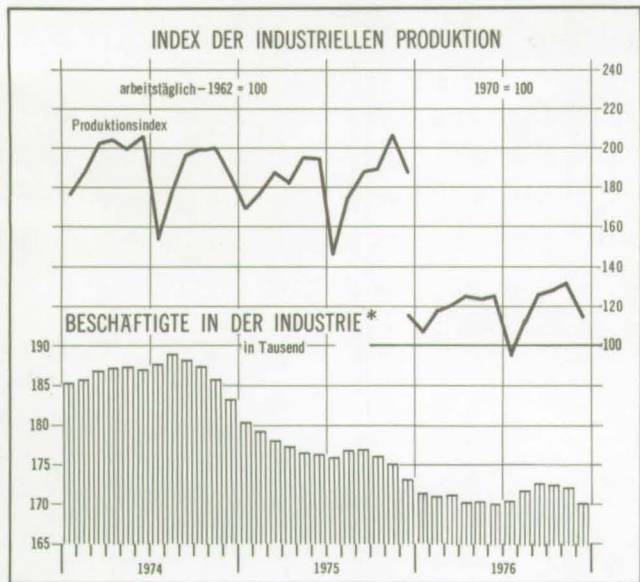
Nähere Angaben siehe Stat. Berichte F 1 2 - j/75 und E 1 6/ F 1 2 - j/74. Vergleiche auch: "Investitionen im Baugewerbe 1973" in dieser Zeitschrift, Heft 1/1975, S. 13

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte". Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- o = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

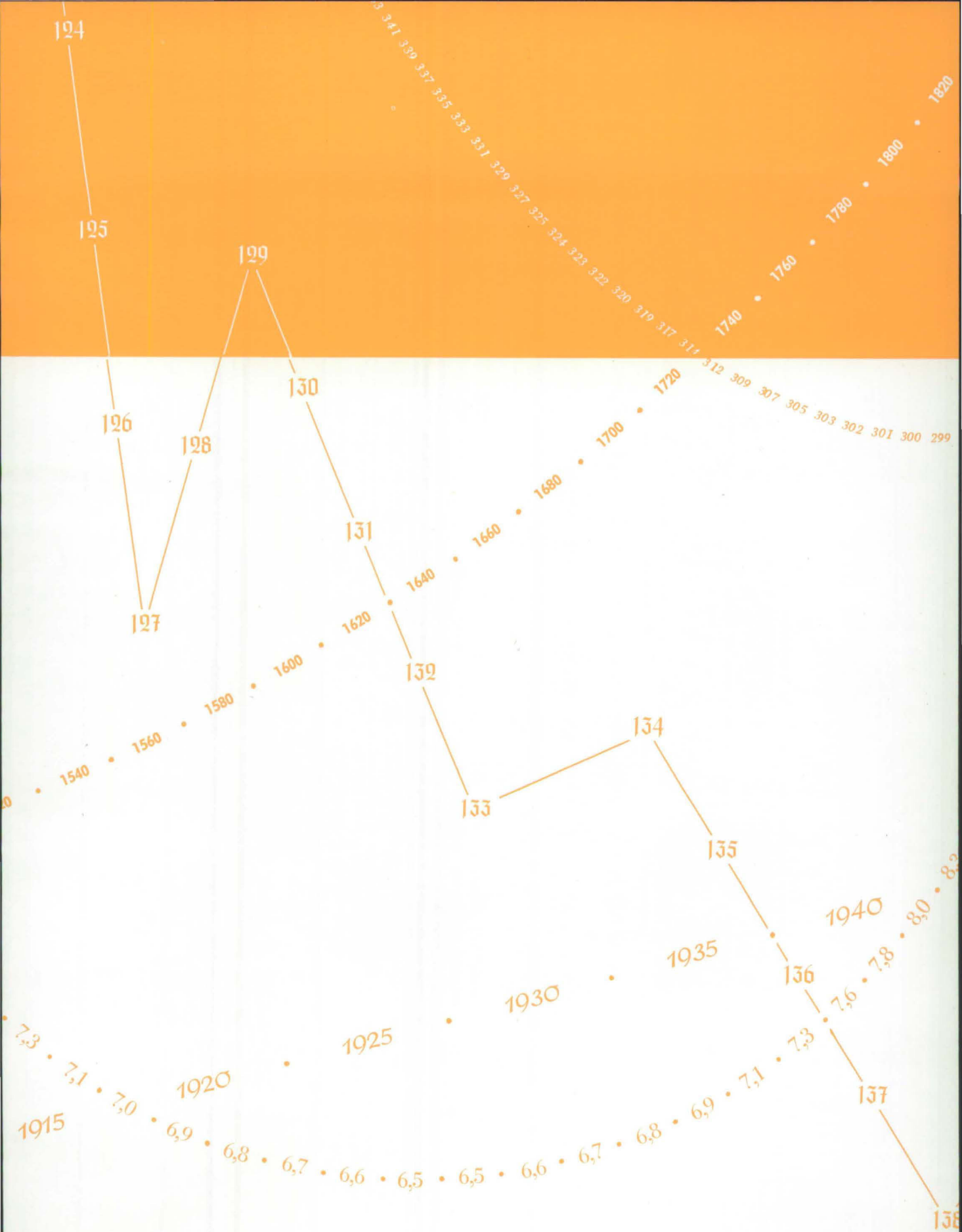
SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

***) in fachlichen Betriebsteilen von Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41
 Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen